

Gemeindefinanzen . . .

Fortsetzung von Seite 11

müsse diese Steuergesetzgebung „grundgesetzlich als vierte Gemeinschaftsaufgabe festgeschrieben werden“. Sie sei tatsächlich eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur realisiert werden könne, wenn Bund und Länder mitmachten.

Auf die besondere Problematik der Kommunen eingehend, nannte der SPD-Abgeordnete die Gemeinden „das schwächste Glied dieser Kette, weil bei der Gesetzgebung im Bund die Zusatzwünsche der Länder in Mark und Pfennig zum Ausdruck gebracht werden müssen, die Gemeinden aber im Grunde keine Stimme haben, mit der sie gleichgewichtig neben den Ländern und dem Bund sprechen können“.

In einer umfassenden Analyse der Finanzlage der Kommunen, in der er die besondere Situation der Revierstädte hervorhob, setzte sich Wilczok unter anderem mit dem „wichtigsten Punkt in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“ auseinander: „Bei der Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer begrüße seine Fraktion die Erhöhung des Anteils von 14 auf 15 Prozent ab 1. Januar 1980.“ Diese Erhöhung sei zunächst als Ausgleich für einen Teil der ausfallenden Lohnsummensteuer gedacht. Zum Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen erklärte der SPD-Sprecher, die Landesregierung und die Regierungskoalition könnten sagen, daß die Aufstockung der gemeindlichen Finanzmasse, eine der Funktionen des Finanzausgleichs, „die beste Regelung in der Bundesrepublik Deutschland“ sei.

Innenminister Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.) unterstrich, „politische Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene, also eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung, sind ein unverzichtbarer und verfassungsrechtlich garantierter Bestandteil unserer staatlichen Ordnung“. Leistungsfähigkeit aber setze gesunde Kommunalfinanzen voraus. Im Finanzausgleich, fuhr der Minister fort, sei die Regierungskoalition „bis an die Grenzen des Möglichen gegangen, um mit Mitteln aus dem Landeshaushalt zur Verbesserung und Stabilisierung der kommunalen Finanzen beizutragen“. Im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1978 seien rund 30 Prozent der Gesamtausgaben im Landeshaushalt Leistungen an die Gemeinden gewesen. Bezogen auf die Steuereinnahmen sei die Zahl noch eindrucksvoller. Über 36 Prozent der Steuereinnahmen des Landes seien an die Gemeinden weitergegeben worden. „Wir nehmen damit im Finanzausgleich die Spitzenstellung unter allen Ländern ein.“

An die Adresse der Opposition gewandt, erklärte Hirsch, „daß wir bei den allgemeinen Finanzausweisungen den Länderdurchschnitt um fast 36 Prozent übertroffen haben“. In der gesamten Finanzausstattung liege Nordrhein-Westfalen um rund 15 Prozent über dem Durchschnitt im gesamten Bundesgebiet.

Über weitere Aspekte der finanziellen Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen nahmen die Abgeordneten Lukas Schaa (CDU), Erwin Pfänder (SPD) und Reinhard Roericht (F.D.P.) ausführlich Stellung.

Porträt der Woche

Der Bergbau hat Helmut Pardon geprägt. 25 Jahre lang hat er unter Tage gearbeitet, 24 Jahre war er Mitglied des Betriebsrates, zehn Jahre stellvertretender Abteilungsleiter im Sozialwesen der Herne-Recklinghauser Bergbau AG, bevor er bei einer Zusammenlegung mit 55 Jahren über den Sozialplan vorzeitig in die Rente ging. Bei seiner Erfahrung ist es selbstverständlich, daß er im Landtag dem Ausschuß für Grubensicherheit angehört.

Pardons Vater, früher Unterkassierer der SPD in Recklinghausen, war noch an hundertprozentiger Steinstaublung gestorben. „Die Vorkehrungen gegen Silikoseerkrankungen, intensive ärztliche Betreuung der Kumpel, aber auch die Sicherheit im Bergbau allgemein liegen mir besonders am Herzen“, sagt der gelernte Maschinenbauer, der auf dem Schacht König Ludwig 4/5 nur mit Glück eine Explosion überlebte. 15 tote Arbeitskammeraden liegen noch unter dem Gestein.

Dem Bergbau gibt Helmut Pardon eine gute Chance für die Zukunft, wenn Bund und Land mithelfen, eine kurze Durststrecke zu überwinden. Die Arbeit unter Tage müsse für deutschen Nachwuchs wieder attraktiver gemacht werden. Neue Wohnungen, längeren Urlaub, kürzere Arbeitszeiten seien vor allem für die Untertage-Arbeiter wichtig.

Im Sportausschuß tritt Pardon dafür ein, daß jedermann Gelegenheit haben soll, sich zu trimmen und etwas gegen die Bewegungsarmut zu tun. „Die Zahl der Sportstätten reicht nicht aus. Viele Anlagen, die gebaut werden, sind schon an Gruppen oder Vereine vergeben bevor sie fertig sind.“ Als SPD-Fraktionschef in Recklinghausen hat er es durchgesetzt, daß jeder, der es will, unter der Fachaufsicht von Übungsleitern die Turn- und Sporthallen benutzen kann. Lauffreize und Familiensport werden angeboten. 80 Freizeitgruppen und Thekenmannschaften nutzen bereits das Angebot der Stadt.

Als stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr sieht Helmut Pardon im Landtag darauf, daß die Emscherzone mehr als



Helmut Pardon (SPD)

bisher gefördert wird. „Die wirtschaftliche Entwicklung ist an uns vorbeigegangen“, sagt er. Allein in Recklinghausen, wo er 1923 geboren wurde, sank durch die Zechenstilllegungen die Zahl der Bergleute von 19000 auf 5000. Die Infrastruktur der Emscherzone müsse auf den höchsten Stand gebracht werden, damit neue Betriebe gewonnen werden könnten.

Privat pflegt Helmut Pardon ein Hobby, das im Revier zu Hause ist. Er züchtet, „leidenschaftlich“ wie er sagt, Brieftauben. Mehr als 200 gurrende Vögel hält er in seinen Schlägen. Jede Woche im Sommer hocken er oder sein passionierter Sohn auf dem Dachboden und warten auf die Heimkehr der Tauben.

Dem Vater war 1933 von den Nationalsozialisten Berufsverbot auferlegt worden. Mit 70 DM Rente, von denen 30,75 DM Miete abgingen, brachte er Frau und sechs Kinder durch eine schwere Zeit. „Ich komme aus einer sehr armen Familie, und ich meine, daß es die erste Aufgabe eines Politikers ist, zu helfen“, sagt er. Bruder Heinrich hat von 1958 bis zu seinem Tode 1968 dem Landtag, in den Helmut Pardon 1975 einzog, angehört.

Wie zwei Brüder hat auch Helmut Pardon Radrennen gefahren, oft gegen damals bekannte Profis. Mit seinem Fußballverein, in dem er bis zum 34. Lebensjahr aktiv war, stieß er bis in die Landesliga vor. Er war Mittelläufer. In dieser Position würde er sich auch in der Partei einordnen. „In meiner Recklinghauser Fraktion“, sagt er, „muß ich allerdings oft auch den Libero machen!“

Gerd Goch